

Thorner Zeitung.



Erscheint wöchentlich sechs Mal Abends mit Ausnahme des Montags.
Als Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt“

Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Bei Abholung aus der Expedition und den Depots 1,50 Mark. Bei Zusendung frei ins Haus in Thorn Vorstädtre Moder und Podgorz. 2 Mark. Bei sämtlichen Postanstalten des deutschen Reiches (ohne Bestellgeld) 1,50 Mark.

Begründet 1760.

Redaction und Expedition Päckerstr. 39.

Fernsprech-Anschluß Nr. 75.

Anzeigen-Preis:
Die gespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.

Ausnahme bei der Exposition und in der Buchhandlung Walter Lambeck, Fernsprech-Anschluß Nr. 81, bis zwei Uhr Mittags.

Auswärts bei allen Annonen-Expeditionen.

Nr. 224.

Dienstag, den 25. September

1894.

Die Rede des Kaisers in Thorn.

Zur Rede S. M. des Kaisers am Sonnabend schreiben Berliner Blätter:

Die Kreuzzeitung schreibt: „Wen man auch tadeln, wo man die Schuld auch finden möge — die Hauptfache ist: es muß anders werden, so darf es nicht bleiben. Wenn wir der Polen auf unserm eigenen Gebiete nicht soweit Herr werden können, daß sie uns nicht den Daumen auss Auge drücken können — dann ist es mit unserer ganzen Stellung im Vereine der Völker nichts, dann sind wir der Aufgabe, die wir uns bei der Wiedererstehung des Reiches selbst gestellt, schlechthin nicht gewachsen. Der Ton, den sich die polnischen Blätter bei der Barziner Fahrt erlaubt haben, sei ein unverschämter. Die Deutschen des Ostens haben es selbst in der Hand, daß derartiges in Zukunft nicht mehr geschehe. Mit Barziner Fahrt ist es nicht gethan, es müsse sich eine öffentliche Meinung bilden, die es unmöglich macht, daß das Deutschthum und das preußische Wesen vor den Polen heuge. Herr v. Roscielski habe in Lemberg eine Rede gehalten, die sich mit der Untertanenpflicht nicht mehr verträgt.“ — Die Börsenzeitung schreibt: „Der Kaiser knüpfte wohl mit Absicht an die Marienburger Rede an, wie die Thorner Rede als Fortsetzung derselben gelten kann, nur daß der Kaiser sich diesmal mit ganzer Energie und Schärfe, mit einer so unzweideutigen Betonung seiner Erwartungen und Anschauungen in der Frage der Stellung der Polen zum Deutschthum aussprach, die in Deutschland dankbare und freudige Zustimmung finden werden.“

Die Posener Huldigungsfahrt, die Rede des Altreichskanzlers sind nicht ohne Eindruck auf das empfängliche Gemüth des Kaisers geblieben. Die Thorner Rede deute einen neuen Beginn der Polen-Politik an.“ — Die Volkszeitung bemerkt: „Die Wirkung dieser Rede auf die Polen wird sich erst zeigen, wenn die Aufgabe, den Umsturz zu bekämpfen, näher präzisiert ist. Es wird im Wesentlichen darauf ankommen, ob positive Maßregeln zur Bekämpfung der sozialen Not, oder negative Maßregeln zur politischen Einschränkung der Agitation der Parteien, die zu Unsturzparteien gerechnet werden, ergriffen werden sollen.“ — Die B. Neuesten Nachrichten sagen: „Die Worte, welche der Kaiser in Thorn gesprochen, thun dar, daß auch an höchster Stelle keine Illusionen mehr bezüglich dessen bestehen, wessen der preußische Staat sich von der polnischen Agitation zu versetzen hat. Die Thorner Rede sei eine weitere und sehr bestimmte Ergänzung der Marienburger Rede. Der Kaiser habe jetzt zweimal die Gelegenheit benutzt, in öffentlicher Kundgebung jeden Zweifel zu zerstreuen, daß auch er in der polnischen Agitation nur Wege zum Unfrieden und zur Unfreiheit erblickt, denen vorzubeugen seine Königspflicht ist.“ Das Blatt hofft, daß diese Versicherung der Regierung und ihren Organen fortan zur Richtschnur dienen wird. — Die National-Zeitung schreibt: „Die Energie des deutschen Volkes muß die Aufgabe, dieses Grenzland für das Deutschthum zu wahren, lösen. Die gegenwärtige Krisis wird mit einer argen Enttäuschung für alle die enden, die auf die Polen als „gute Preußen“ rechnen und sogenannte Versöhnungspolitik auf Kosten der Deutschen treiben. Diese Kosten und die

Tage der Unruhen werden umso geringer sein, je entschlossener und einiger vor allen die Deutschen der Provinz sich in der Verteidigung ihrer Rechte und ihrer Stellung zeigen werden.“ — Die Berliner Zeitung sagt: „Der gegen die Polen gerichtete Tadel des Kaisers wird denen Wasser auf die Mühle führen, die in der Bismarck'schen Polenpolitik, in recht kräftigen Repressionsmaßregeln das Heil erblicken. Vielleicht hat dem Kaiser die Rede des früheren Reichstagsabgeordneten von Roscielski auf dem Bankett in Lemberg indirekt Veranlassung gegeben, den Polen eine Warnung zuzurufen.“ — Das Berliner Tageblatt hebt hervor, daß der Kaiser die Unterstützung bei der Bekämpfung der polnischen Auswüchse bei allen bürgerlichen Parteien sucht. Die „Kreuztg.“ hätte vielleicht den von ihr Sonnabend Abend wiederholten Versuch, die Königsberger Kaiserrede in ihrem Sinne umzudeuten, unterlassen, wenn sie den Wortlaut der Thorner Kaiserrede gefannt hätte. — Zum Schlusse sei die Deutsche Tageszeitung angeführt, welche die Rede des Kaisers folgend bespricht: „Wir freuen uns dieses Kaiserworts im Interesse des Deutschthums von ganzem Herzen, besonders deshalb, weil dadurch gewisse Befürchtungen zerstreut werden, die man in deutsch-fühlenden Kreisen hegte. Es sei allerdings ein trübes Zeichen der Zeit, daß ein solches auslärendes und die Annahmen eines fremden Volksthumus in die gebührenden Schranken zurückzuweisenes Wort überhaupt nötig war. Die scharfen Worte des Kaisers richteten sich wohl nicht nur gegen gewisse polnische Kreise, sondern ganz gewiß auch gegen diejenigen, welche es mit verschuldet haben, daß das Polenthum so üppig emporgewuchert ist.“

Deutsches Reich

(Fortsetzung aus dem ersten Blatt.)

Das Entlassungsgebot des bisherigen Oberpräsidenten von Schlesien v. Seydewitz ist, der „Schles. Bzg.“ zufolge, unter Verleihung des Roten Adlerordens 1. Klasse mit Eichenlaub genehmigt worden. Sein Nachfolger ist bekanntlich Graf Hassfeldt.

Die Abberufung des italienischen Botschafters in Berlin, Grafen Lanza wird neuerdings als bevorstehend gemeldet. General v. Lanze soll ein hohes Kommando in der italienischen Armee erhalten und an seiner Stelle der italienische Botschafter in London, Graf Tornielli, nach Berlin verzeigt werden, dessen Nachfolger wieder der Marquis Cabalani, z. B. Botschafter in Konstantinopel, werden soll. Auch der italienische Botschafter in Paris, Nefmann, soll abberufen werden.

Über die Ermordung Emin Paschas hat der amerikanische Konsularagent für den Kongosta einen der vier Zeugen befragt. Emin hatte Ribonge, den Sultan von Kirunde, gebeten, ihn durch sein Territorium passieren zu lassen. Ribonge willigte scheinbar ein, befahl aber seinem Lieutenant Said, Emin zu töten. Said benachrichtigte Emin von dem Todesurtheil, worauf Emin erwiderte: „Mein Tod wird furchtbar von Weinen gerächt werden!“ Dennoch ergriffen Saids Leute Emin, der eine an den Füßen, ein anderer an den Armen und einer beim Kopf, während ein vierter ihn niederstieß.

Und bedeutungsvoll fügte die Mutter noch die Worte hinzu: „Für Kinder und kindergleiche Menschen müssen diejenigen vernünftig sein, welche das Leben und seine Anforderungen kennen und Erfahrungen gemacht haben!“

Annie warf trotzig die Lippen auf, wagte aber keine Entgegnung. Sie trat schmollend bei Seite und ließ traurig den Kopf hängen.

Als Annies Mutter und Bernthal die Veranda verlassen und sich nach oben in das Zimmer der Nählin begeben hatten, setzte sich Annie seufzend auf denselben Stuhl, auf dem Bernthal vorher gesessen hatte und wartete auf Mama's Entscheidung. Dass sie gut ausfallen würde, davon war das junge Mädchen fest überzeugt, denn sie hatte ja bisher nur Gutes und Liebes von der Mutter erfahren.

Was zwischen der alten Dame und dem jungen Offizier gesprochen wurde, hörte niemand. Er war eine lange Unterredung und lange Auseinandersetzung und es dauerte eine volle Stunde bis sie zu Ende war.

Dem jungen Mädchen war es völlig unsäglich, was die Mutter und ihr erwählter Bräutigam so lange mit einander zu verhandeln hatten. Sie wurde aufgeregt, ungeduldig vor Spannung und Erwartung, ihr Herz schlug fiebrig. Jeden Augenblick machte sie eine Bewegung, als wolle sie die Treppe zu ihrer Wohnung hinaufsteigen — aber sie blieb dann doch unten in der Veranda. Endlich, endlich snarrete oben die Thür und dann klang ein Schritt. Sie lauschte mit angehaltenem Atem. Aber es war nicht sein Schritt, und es war auch nicht seine Stimme, die rief: „Kommt Annie!“ Es war der Schritt und die Stimme der Mama. Da hielt Annie sich nicht länger, schnell wie ein Vogel flog sie hinauf. Aber auf der Schwelle wurzelte ihr Fuß wie gelähmt am Boden. Sie schrie laut auf und wurde blaß wie eine Leiche, denn mit einem einzigen Blick hatte sie alles errathen. Bernthal, ihr Geliebter, lehnte schwerathmend und in gebrochener Haltung am Fenster. Sein Gesicht war fahl und den Ausdruck seiner Züge vergaß sie niemals wieder.

Grenzenlose Verzweiflung, Schmerz, Schuldbewußtsein, Beschämung, alles lag darin.

Die Mutter trat der Tochter summervoll entgegen. Große

Eine dritte Armeekonservefabrik im Osten des Reichs in einer der dortigen Festungen wird von der Heeresverwaltung geplant. Bisher bestehen schon zwei solcher Etablissement, und zwar in Mainz und in Spandau.

Der Verein deutscher Irrenärzte, der z. B. in Dresden tagt, spricht in einer Resolution seine Befriedigung aus, daß durch die Beschlüsse des bürgerlichen Gesetzbuches die Forderungen des Vereins bezüglich der Geisteskranken erfüllt worden sind.

Die Marineakademie in Kiel, die den besonders befähigten Offizieren im Range der Kapitänlieutenants und Lieutenants z. S. eine leiste wissenschaftliche Ausbildung giebt, wird im bevorstehenden Winterhalbjahr stärker besucht sein, als in den letzten Jahren. Zu den beiden Coeten haben 17 Kommandierungen stattgefunden, von denen 9 auf den ersten, den jüngeren Jahrgang, 8 auf den zweiten entfallen. Danach ist die Zahl der die Marineakademie besuchenden Offiziere im Vergleich zur Stärke des Seooffizierkorps nur klein, zumal wenn man berücksichtigt, daß durch jene Vorlesungen erst die Offiziere einen leichten und höchsten Grad von wissenschaftlich-technischer Ausbildung erhalten, der zweifellos nicht weniger nothwendig, als die Ausbildung in den verschiedenen Zweigen des praktischen Dienstes. Die Kommandierungen zur Marineakademie sind die einzigen in der Flotte, die nach persönlichiger Eingabe stattfinden.

Der Programmenvorwurf der freisinnigen Programmkommission wird soeben mit den Verbesserungen, die von der Kommission an dem ursprünglichen Entwurf angebracht wurden, veröffentlicht. Der neue Entwurf unterscheidet sich von dem früheren nur in der Fassung und in Nebendingen. Zu dem Abschnitt Volksbildung wird folgende Resolution beantragt: „Die Zweckmäßigkeit der für die Hebung der allgemeinen Volksbildung im Einzelnen anzuwendenden Mittel läßt sich bei der großen Verschiedenheit der Schuleinrichtungen in den einzelnen Staaten und Gemeinden durchweg nur erörtern im Zusammenhang mit der gesammten Schulorganisation des einzelnen Staates oder Gemeinwesens. Die Einleitung zum Programm sieht die Ergänzung des Programms nach den Besonderheiten der Einzelstaaten und Gemeinwesen ausdrücklich vor. Demgemäß ist die weitere Ausgestaltung des Programms in Betreff der allgemeinen Volksbildung und die Festsetzung der Forderungen an die Schulgesetzgebung den Parteigenossen der einzelnen Staaten und Gemeinwesen zu überlassen.“

Vermuthungen über den voraussichtlichen Etat begegnen man jetzt täglich in den Blättern. Erst jüngst hatte die „N. L. C.“ mitzuteilen gewußt, daß man sich bei Aufstellung des nächstjährigen Budgets die größte Vorsicht und Enthaltsamkeit auferlegen werde, heute wird von neuen Marineforderungen gemeldet. Die „Nat. Bzg.“ erinnert nämlich in ihrer letzten Ausgabe an die Streichungen mehrerer geforderter Erfahrungsflüsse in der letzten Reichstagsession und meint, im nächsten Etat werde der Bau eines großen Kreuzers wiederum und daneben 3 Kreuzer nach dem kleineren Typus gefordert werden. Man wird erwarten dürfen, daß in der bevorstehenden Session eine günstigere Stimmung für

Thränen perlten in ihren Augen. Sie legte den Arm um Annies Schultern und küßte sie zärtlich.

„Annchen, mein liebes Annchen!“ schluchzte sie. „Ich hätte Euch gern glücklich gemacht, aber es ist mir nicht möglich, ich bin völlig machtlos dazu. Ach, es thut mir so leid! Tröste Dich, fasse Dich armes Kind und laß Dir die bittere Erfahrung zum Segen gereichen! Durch Entzagung wirst Du künftiges Unheil von Dir wenden.“

Und dann trat Bernthal zu ihr und sagte, was er sagen mußte: heiser, unzusammenhängend rangen sich die Worte von seinen Lippen.

„Annie! Ich bin in der schrecklichen Lage, mein Ihnen gegebenes Wort wieder zurücknehmen zu müssen, die Verhältnisse fordern es unerbittlich von mir! Verzeihen, ach verzeihen Sie, daß ich Ihnen meine Liebe verrath und Kummer in Ihr junges unschuldiges Leben brachte. Und nun leben Sie wohl, mein verehrtes Fräulein, leben Sie wohl, und Gottes reichster Segen über Sie!“

Die Stimme versagte ihm, er beugte sich zu Annie herab und berührte mit zuckenden Lippen ihr Haar.

Vor der Frau Rat verneigte er sich tief, mit bittendem und um Verzeihung flehenden Blick. Er wollte ihr die Hand reichen, aber sie sah ihn bitterböß an, und da ging er. Er stürzte so hastig die Treppe hinunter, daß seine Sporen heftig klirrten.

Annie hatte während der letzten ergreifenden Szene wie geistesabwesend dagestanden und mit verstörtem Blick starre sie vor sich. Ihr Gesicht war so weiß wie Schnee und eine ganze Welt von Herzleid spiegelte sich in ihren Augen.

Als die Thür sich hinter Bernthal geschlossen hatte, brach sie ohnmächtig zusammen.

Die Mutter eilte ihr erschrocken zu Hilfe, sie kauerte sich neben die Tochter hin und rang die Hände. Dann holte sie Wasser und Riechsalz herbei und bemühte sich liebevoll um ihr Kind, bis es sich wieder erholt hatte.

Annie richtete sich mühsam auf. Sie weinte nicht und sprach auch nicht. Kein Laut kam aus ihrem Munde eine steinerne Sarcastik lag auf dem blassen Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

Gesäuerte Herzen.

Novelle von Johanna Berger.

(11. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Oberstleutnant war unterdessen näher gekommen, aber taktvoll auf der Schwelle der Veranda stehen geblieben, doch mit ehrerbietigem Gruß. Die alte Dame forderte ihn nicht zum Eintritt auf, sie war ganz verwirrt und mit unruhiger Frage flog ihr Blick bald zu ihm, bald zu Annie hinüber.

„Willst Du meinem Bräutigam denn gar nicht „guten Tag“ sagen und als Sohn willkommen zu heißen, Mamachen? Sieh nur, er macht schon ein, ganz trauriges Gesicht!“ flüsterte ungeduldig das Mädchen in ihr Ohr.

Die Nählin ermannte sich und sprach ein paar herzliche Worte zu Bernthal, der stumm an seiner Stelle weilte. Dann wies sie mit der Hand auf einen Sessel, der jenseits des Tisches stand. Er folgte der Aufforderung und nahm Platz. Annie stellte sich sofort an seine Seite und legte ihre Hand auf seine Schulter.

Bernthal fühlte, daß jetzt der Augenblick zur endgültigen Erklärung für ihn gekommen war, und daß er auch die Verurtheilung hinnehmen müste, wenn er unrecht gehandelt hatte.

Er bat die Nählin ernst und bewegt um eine Unterredung unter vier Augen.

„Nein Franz, ich bleibe, wo Du bist, ich muß alles hören!“ erklärte Annie mit Bestimmtheit, denn sie fürchtete der Mutter Sorgen vor des Lieutenants Schulden würde die übereilte Verlobung rückgängig machen.

Doch, die Mutter, welche endlich ihre Erregung niedergeschlagen hatte, schüttelte den Kopf.

„Ich habe in dieser Sache zu entscheiden, Kind,“ versetzte sie im scharfen Ton. „Es handelt sich um Dein Lebensglück und ich weiß Welch ein unbesonnenes Kind Du noch bist.“

Der ungewöhnlich strenge Ton machte das Mädchen erbebhen. Was die Mutter aber jetzt forderte, war ihr gutes Recht und Annie mußte gehorchen.

die Forderung besteht als in der verslostenen. Die großen überseischen Interessen Deutschlands erfordern mit jedem Jahre dringender eine ausreichende, aktionsbereite Flotte; so oft in fernen Welttheilen eine Gefährdung dieser Interessen droht, wird mit Recht die Wahrung derselben durch deutsche Kriegsschiffe verlangt. Wenn man aber den Zweck will, muß man auch das Mittel wollen. In gleicher Weise, wie es im Vorstehenden die „Nat. Ztg.“ thut, hat sich auch die „Köln. Ztg.“ bereits für eine Vermehrung unserer Flotte ausgesprochen.

Der Reichsanzeiger schreibt: Wie sehr die Einkommensteuer-Veranlagungsbehörden, um eine gleichmäßige und gerechte Veranlagung zu sichern, darauf bedacht sein müssen, auch die auf Grund des Einkommensteuergeiges abgegebenen Steuererklärungen einer genauen Prüfung zu unterziehen, wird von Neuem durch Straffälle bestätigt, welche in jüngerer Zeit in den Kreisen der Beteiligten lebhaft besprochen wurden. So ist z. B. in der Provinz Hannover ein Steuerpflichtiger wegen zu niedriger Angabe seines Einkommens von dem Landgericht zu einer Geldstrafe von mehr als 17000 Mark eventuell zu entsprechender Freiheitsstrafe verurtheilt worden. Auf die von dem Verurtheilten eingelegte Revision wird das Reichsgericht demnächst Entscheidung treffen. In der Provinz Sachsen ist ein anderer Steuerpflichtiger aus dem gleichen Grunde mit einer Geldstrafe von über 20000 Mark belegt worden. Derselbe hat sowohl diese Strafe, wie die für die Vorjahre aus dem festgestellten höheren Einkommen sich ergebenden bedeutenden Mehrbeträge an staatlicher Einkommensteuer und an Gemeinde- und Zuschlägen ohne Widerspruch bezahlt. In beiden Fällen handelt es sich um Einkommen aus Kapitalvermögen, welches wissentlich, um niedriger veranlagt zu werden, verschwiegen worden ist. Nicht blos das finanzielle Interesse des Staates, sondern auch die Gerechtigkeit gegen die gewissenhaft ihre Steuern zahlenden Staatsbürger gebietet die unnachlässliche Verfolgung solcher bewußten Steuerhinterziehungen.

Der Rionga-Vertrag. Bei näherer Einsicht in die Bindungen des zwischen Deutschland und Portugal abgeschlossenen Rionga-Vertrages stellt sich heraus, daß an Deutschland die weitaus größere Hälfte des streitigen Gebietes gefallen ist. Wenn es seine Ansprüche nicht in vollem Umfange aufrecht erhalten hat, so lag das im Wesentlichen daran, daß Portugal nicht nur Rionga, sondern auch das Südufer des Nomura besetzt hatte, während Deutschland erst durch die lezte Expedition des Herrn v. Scheele eine Besitzergreifung vornahm. Als die Expedition in Rionga eintraf, fand sie das Land von einem portugiesischen Kommando besetzt und der deutsche Flaggentisch wurde neben dem portugiesischen gespanzt, von wo er erst nach Abschluß des Vertrages entfernt wurde. Da von deutscher Seite vorher niemals eine thatächliche Besetzung stattgefunden hatte, so glaubte man dem durch die portugiesische Besatzung für Portugal genommenen, wenn auch unrechtmäßigem Vorprunge im Interesse eines gütlichen Einvernehmens durch Nachgiebigkeit in der Abgrenzung nach Süden Rechnung tragen zu sollen.

Elektrische Hochbahn Berlin. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat die Vorlage, betr. die Anlage einer elektrischen Hochbahn innerhalb des städtischen Weichbildes mit 67 gegen 24 Stimmen angenommen. Die Frage der elektrischen Hochbahn ist damit noch keineswegs erledigt, sondern nur einen kleinen Schritt vorwärts gekommen. Der Magistrat ist durch die Beschlüsse nur in die Lage gebracht, auf Grund des angekommenen Entwurfes einen Vertrag abzuschließen, und er wird sich mit der Firma Siemens u. Halske weiter in Verbindung zu setzen haben.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten entwarfen in der vorjährigen Session der II sächsischen Kammer, auf eine Eingabe des sozialdemokratischen Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter gestützt ein abstosendes Bild von den Verhältnissen im sächsischen Bergbau, der Behandlung der Arbeiter und dem Vorgehen der Behörden. Gegen die Richtigkeit wurde sofort lebhafter Widerspruch erhoben. Auch zahlreiche Bergleute zeigten die Sozialdemokraten der Lüge und Entstellung. Jüngst ist nun dem sächsischen Minister des Innern eine von 7247 Bergleuten unterzeichnete Einigung überreicht worden, in der die Behauptungen der Sozialdemokraten als unwahr bezeichnet werden, die Behandlung in den Gruben als eine allgemein gute und die Verhältnisse auf den Werken als gesunde und zufriedenstellende geschildert werden. Die Abordnung der Bergleute wurde von dem Minister sehr freundlich empfangen; er sicherte ihnen wohlwollende Berücksichtigung berechtigter Wünsche zu.

Zur Brantweinbesteuerung wird der „Hamb. Börsen“ geschrieben: „Soviel bis jetzt verlautet, ist eine definitive Vorlage bezüglich Aenderungen des Brantweinsteuergeiges für die nächste Reichstagssession noch nicht fertiggestellt, angeblich soll darüber erst die nächste Bundesrathssession schlüssig werden. Um das Spiritusgewerbe jedoch nicht weiter in Versall gerathen zu lassen, dürfte der Bundesrat nicht länger zögern, Angehörige der ihm durch das Gesetz vorgesehenen Befugnis, voraussichtlich noch vor Beginn der neuen Campagne gewisse Aenderungen vorzunehmen, um die Nachtheile, welche sich im Laufe der Jahre herausgestellt haben, auf Grund des Abschnitts betr. die Steuerfreiheit des Brantweins für gewerbliche Zwecke, sowie der vorläufigen Ausfuhrbestimmungen zu beseitigen. Es wird sich dabei in der Hauptfache darum handeln, ob die Rückvergütung der Maischraumsteuer für den im Inland zu gewerblichen Zwecken einschließlich der Essigfabrikation zu verwendenden Spiritus in Zukunft wegfallen soll und deren Ertrag zu Gunsten des nach dem Auslande auszuführenden Brantweins in Form einer entsprechenden Schwundvergütung zu verwenden wäre. Es ist unzweckmäßig, daß dem ganzen deutschen Spiritusgewerbe eine wesentliche Stütze und Aufbesserung, welche in einer allmäßigen erheblichen Steigerung der Spirituspreise, im Inlande Ausdruck finden würde, wenn eine Aenderung in obigem Sinne Platz griffe.“

Die Hauptverwaltung der Staatschulden macht Folgendes bekannt: Die sämmtlichen Schuldverschreibungen der Staats-Brämenanleihe vom Jahre 1855, welche in den früheren Verlosungen nicht gezogen sind, werden den Besitzern mit der Aufforderung gefündigt, den Brämenbetrag von 375 M. für jede Schuldverschreibung vom 1. April 1895 ab gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen bei der Staatschulden-Dilgungskasse in Berlin, Taubenstr. 29, zu erheben. Die Einlösung geschieht auch bei den Regierungs-Hauptkassen und zu Frankfurt a. M. bei der Kreiskasse. Zu diesem Zweck können die Schuldverschreibungen einer dieser Kassen schon vom 1. März 1895 ab eingereicht werden, welche sie der Staatschuldenkasse zur Prüfung vorzulegen hat und nach erfolgter Feststellung die Auszahlung vom 1. April 1895 ab erwirkt. Formulare zu den Quittungen werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabfolgt. Die Staatschulden-Dilgungskasse kann sich in einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen nicht einlassen. Von den bereits früher verloosten und gefündigten Serien

sind viele Schuldverschreibungen bis jetzt nicht realisiert; es werden daher die Inhaber derselben zur Vermeidung weiterer Zinsverluste an die baldige Erhebung ihrer Kapitalien hierdurch von Neuem erinnert.

Zur Kommunalsteuerreform. In der letzten Schweidnitzer Stadtverordneten-Versammlung theilte der erste Bürgermeister, der „Krzg.“ nach, mit, daß er vor einigen Tagen mit dem preußischen Handelsminister bei dessen Anwesenheit in Schweidnitz auch über die bevorstehende Reform des Kommunalsteuerwesens gesprochen und daß der Minister bezüglich der u. A. erwähnten Klaviersteuer geäußert habe, daß die Auffichtsbehörde wohl verlangen würde, daß die zum Lebenserwerbe bestimmten Klaviere steuerfrei bleibten.

Zur Reichstagsersatzwahl in Stendal-Osterburg will der Bund der Landwirthen den Rittergutsbesitzer und Amtsrichter Hinsburg-Rosenhof in Osterburg als Kandidaten in Vorschlag bringen. Der bisherige konservative Vertreter dieses Reichstagswahlkreises, Herr von Jagow, hat es abgelehnt, sich wieder um das durch seine Ernennung zum Landrath des Kreises Osterburg freigewordene Mandat zu bewerben.

Preußens Volkszahl. Im Stat. Bureau wird für die zwischen den Volkszählungen liegenden Jahre der Stand der Bevölkerung Preußens auf Grund der von den Standesämtern eingehenden Zählkarten über Geburten und Sterbefälle, der Nachrichten über die überseeische Auswanderung und gewisser, aus früheren Beobachtungen berechneter Zahlen über die Lücken der Statistik der Wanderungen alljährlich im September geschätzt. Danach betrug Preußens Volkszahl im Jahre 1890 in der Mitte des Jahres 29 825 633, zu Ende desselben 29 984 647; 1891: 30 169 617 bzw. 30 354 587; 1892: 30 512 614 bzw. 30 670 641; 1893: 30 847 703 bzw. 31 024 765. Die am 1. April 1891 erworbene Insel Helgoland ist hierbei bereits 1890 angerechnet, so daß die mitgetheilten Zahlen vergleichsfähig sind. Die natürliche Völkervermehrung, d. i. der Überschuß der Geburten über die Sterbefälle, war am höchsten im Jahre 1891 und 1893 höher als 1890 und 1892. Er betrug im Jahre 1890: 375 063, 1891: 448 746, 1892: 391 849 und 1893: 409 773 Personen.

A u s l a n d .

Oesterreich-Ungarn.

Ausführlich des Auslasses der Männer bei Balassa Gyarmat erließ Kaiser Franz Joseph einen Armeebefehl, in dem er der Ausbildung der bei den ungarischen Mannschaften verhandelten Truppen volle Anerkennung zollt. Gleichzeitig richtete der Kaiser ein Handschreiben an den Erzherzog Albrecht und den Chef des Generalstabes Freiherrn von Blaß. — Unter dem Vorzeile des österreichischen Handelsministers Wurmbrand begannen in Wien die Verhandlungen der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und der neu zu gründenden ungarischen Schiffahrtsgesellschaft um Neugliederung ihrer Beziehungen im künftigen Verkehr auf der Donau. — Nach Beendigung der Delegationsarbeiten soll eine partielle Ministerkrise eintreten. Hiervom soll Handels- und Lazarus Finanzminister werden und Dr. Becker das Portefeuille des Innern übernehmen. — Zum 14. Oktober ist eine Versammlung sämmtlicher deutscher Bierbrauermänner Böhmens nach Prag einzuberufen. — Graf Kalnoky ist nach Wien zurückgekehrt.

I t a l i e n .

Dass zwischen Italien und Serbien die diplomatischen Beziehungen abgebrochen seien, wie von einer Seite gemeldet worden war, erklärt die „Agenz. Stef.“ für unbegründet. Ganz ohne Grund scheint das Gericht aber doch nicht gewesen zu sein. Wenigstens bringt die „Boz. B.“ folgende Meldung aus Serbien: Der italienische Gesandtschafter, Graf Ramuzzi, sperrte die Kanzlei der italienischen Gesandtschaft und übertrug die Vertretung der italienischen Interessen der Belgrader englischen Gesandtschaft. — Über einen neuen Attentatsversuch kommt aus Rom eine etwas rätselhafte Meldung. Angeblich soll dort während einer Festbeleuchtung am 20. September außerhalb der Porta pia ein Attentat vorbereitet gewesen sein und auch ausgeführt worden sein, ohne daß es von Folgen begleitet oder vom Publismus überhaupt bemerkt worden wäre. Es soll sich um einen explodierbaren Körper handeln, von welchem noch Trümmer vorhanden gewesen seien. Es sollen auch anarchistische Flugblätter in der Nähe gefunden werden sein. Ein derartiges Unbekleidliches eines Attentates ist doch mehr als merkwürdig. — Alle wegen der Unruhen auf Sizilien und in Massa Carrara Berührtheiten, deren Freiheitsstrafen nicht über ein Jahr lauten, sind nunmehr durch Königl. Dekret begradigt. Ferner wurde jede aus demselben Anlaß verhängte Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren um ein Jahr vermindert und alle Geldstrafen, welche von den betreffenden Kriegsgerichten ausgesprochen waren, erlassen. — Die in Sachen der behaupteten Hinterziehung von Dokumenten aus dem Prozesse der Banca Romana eingeleitete Untersuchung ist abgeschlossen, die Akten sind der Anklagammer übergeben worden.

H u n g a r i a n d .

Das Ministerium der Kommunikationswege wird beim Reichsrath die Einweisung eines Kredits zur Ausführung der Voruntersuchungen für eine umfassende Regulierung des Weichselstromes beantragen. Die Abreise des Barons, der an einem ernstlichen chronischen Nebel leidet, von Spala nach Livadia ist verschoben worden. — Die russische sogenannte wissenschaftliche Expedition, welche die im Marmarameere am Meerestoden durch die Erdbeben angeregten Veränderungen feststellen soll, ist in Konstantinopel eingetroffen.

F r a n k r e i c h .

Der Panama-Schwindel soll in Frankreich neu wiederholt werden. Ein Herr Lemarquis, der mit der Abwicklung der Panamageellschaft gerichtet betraut worden ist, hat im Verein mit einem Herrn Garborn zum Zeichnen auf 300 000 Anteilschein eines neuen Panama-Unternehmens aufgefordert. Man darf gespannt sein, ob sich diesmal Dumme finden werden. — Wegen Beleidigung des französischen Präsidenten Casimir Perier durch einen Artikel der „Petite République“ wurde der Verfasser des Artikels zu 3 Monaten, der Herausgeber des Blattes zu 15 Tagen Gefängnis verurtheilt. Beide wurden außerdem zu 1000 Fr. Geldstrafe verurtheilt. — In Paris wurde eine Kommission zur Prüfung der Frage eingestellt bezüglich der Herstellung eines Kanals zwischen dem atlantischen Ozean und dem mitteländischen Meere.

S e r b i e n .

Im Gefolge des Königs Alexanders auf seinen Reisen nach Wien und Berlin werden sich 2 Minister und zahlreiche andere hochgestellte Beamte und Offiziere befinden. Die Rückfahrt nach Belgrad erfolgt Ende Oktober.

B u l g a r i e n .

Der Ministerpräsident Sislow hat anlässlich der Wahlen ein Rundschreiben an die Präfekten erlassen, in dem er erklärt, es werde Aufgabe der Verwaltungsbehörden sein, den Wählern die Möglichkeit zu bieten, eine freie Wahl auszuüben und jeden Gewaltact einer Partei gegen die andere zu verhindern.

T ü r k e i .

Ein umfassender Wechsel der türkischen Gesandten im Auslande wird vorbereitet.

A s i e n .

Die japanische Regierung ist nach Telegrammen aus Yokohama entschlossen, die durch den Sieg bei Pingyang errungenen Vortheile auszunutzen und den Krieg vor Beginn des Winters mit aller Macht fortzuführen. 80 Tausend Mann haben sofortige Marschordre nach der Grenze erhalten; es ist unbekannt, wo dieselben verwandt werden sollen, doch glaubt man allgemein, daß ein großer Handstreich geplant ist. Die Begeisterung in Japan ist ungeheuer; allerorten werden die Truppen mit Beifall begrüßt; die Militärbehörden haben von dem ganzen Eisenbahnnetz Besitz genommen. Die Hauptzahl der Truppen wird nach Hiroshima gebracht werden, wo der Mikado eine Parade über sie abnehmen wird. Dem Vernehmen nach werden die Transportmittel bereit gehalten. Unter den Truppen herrscht Siegeszuveracht. — Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist der Gefangenverlust bei der jüngsten Seeschlacht auf japanischer Seite folgender: 9 Offiziere und 30 Matrosen wurden getötet, 160 Mann verwundet. — Nach einem bisher unveröffentlichten Bericht kaperen die Japaner drei chinesische Transportschiffe. — Nach einem Telegramm aus Tientsin gelangten sämtliche chinesischen Transportschiffe unbeschädigt nach Port Arthur. — In Chemulpo sind am 16. September 32 japanische Transportschiffe mit 7000 Mann, 3000 Külis und 2000 Pferden, sowie ein Transport mit Pontons

und Bergartillerie angelommen. Die Truppen werden nach Südl. gesandt, wo ein Angriff erwartet wird. — Japan gab beruhigende Versicherungen über den Schutz der dort lebenden Chinezen.

A f r i k a .

Die Meldung, daß die italienische Regierung mit der französischen einen Druck auf den Sultan von Marokko ausübe befußt Aufrechterhaltung der bestehenden oder Errichtung neuer Konföderation in Fez ist falsch. — Das britische Kriegsschiff „Ampion“ lehnte nach Tanger zurück, nachdem der Gouverneur Verhaftung der der Mißhandlung britischer Unterthanen schuldigen Araber versprochen hat.

Provinzial-Nachrichten.

(Fortsetzung aus dem ersten Blatt.)

— Danzig, 22. September. Ein in Paris gebautes elegantes Galahochzeitssouper hat nach der „D. Ztg.“ Herr Spediteur und Fuhrhalterei-Besitzer Max Böhmeyer hier selbst von einer Charlottenburger Firma käuflich erworben. Schon beim Transport vom Bahnhof nach der neben der Post belegenen Remise des Herrn Böhmeyer erregte der Staatswagen allgemeines Aufsehen durch seine Eleganz und geschmackvolle Bauart. Die äußere Farbe derselben ist hellblau mit Gold abgesetzt. Die Speichen der Räder sind vergoldet. Die Einsteigethüren haben versilberte emaillierte Griffe; dergleichen sind die Trittbretter und die Schubblätter versilbert. Die beiden mit einem Adler gekrönten Seitenlaternen sind ebenso wie die Laternenhalter von Silber und kosten allein 450 Mark. Am hinteren Ende des Gefäßes sind halbe Cäderen mit silbernen Griften zur Bier angebracht. Das Innere des in der That stolzen Fahrzeugs ist mit weißem Samt ausgestattet, desgleichen der funktionsgerechte Himmel. Dem Gefäß gegenüber befindet sich ein Kristallschirm; vor demselben ist ein Bouquetthalter angebracht. Am Sonntag soll der Hochzeitswagen, der einen Wert von 6000 Mark repräsentiert, mit zwei Rappen, deren Baumwolle ebenfalls silberbeschlagen ist, seine erste Probefahrt machen.

— Stuhm, 21. September. Kammerherr Graf Sierakowski auf Groß-Waplix hat von der Kaiserin nicht, wie gemeldet, ein Gemälde, sondern eine Photographie in Kabinettformat zum Geschenk erbaten. Das Bild trägt die eigenhändige Unterschrift Ihrer Majestät der Kaiserin Auguste Viktoria.

— Tiegenhof, 20. September. Gestern hat sich in Kaltetherberge auf der Weichsel bei dem Gutsbesitzer Biens ein Unglücksfall ereignet. Herr W. ließ Getreide ausdreschen. Die Locomotive und der Kohlenwagen standen auf dem Weichselbahn. Als die Drescharbeit beendet war, wurde die Locomotive vom Damm heruntergebracht, was auch ohne Unfall von Statthen ging. Einige Arbeiter wollten nun auch den noch mit Kohlen beladenen Wagen herunterletzen. Die Lami war aber zu groß und beim Aufhalten schlug die Deichsel des Wagens den Arbeiter Keitner aus Beuthardtwald so vor die Brust, daß er tot zur Erde fiel.

— Pr. Stargard, 22. September. Der Rittergutsbesitzer v. P. in B., ein passionirter Jäger, war dieser Tage dabei, sein Gewehr zu entladen, da entlud es sich plötzlich, und der ganze Schuß drang ihm in die Brust. Der Arzt hatte große Mühe, die Schrotlöcher herauszuschaffen. Man hofft, den bejahrten Herrn am Leben zu erhalten.

S o c a l e s .

Thorn, den 24. September 1894.

(Fortsetzung aus dem ersten Blatt.)

— Preiserhöhung für preußische Lotterieloose. Infolge Erhöhung der Reichstempelabgabe von Lotterieloosen soll künftig in der Einzel für jede Klasse der preußischen Lotterie für ein ganzes Loos 44 M., für ein halbes Loos 22 M., für ein viertel Loos 11 M. und für ein zehntel Loos 4,40 M. betragen. Diese Erhöhung der Preise tritt von der 192. Lotterie ab, deren erste Klasse im Januar 1895 gezogen wird, in Kraft. Die Einlösung der Looses für diese Klasse muß unter Vorlegung des Looses 4. Klasse 191. Lotterie und Entrichtung des vorbezeichneten Einsatzes vom 12. bis spätestens 27. November 1894, Abends 6 Uhr erfolgen.

— Verpackung aller Kantine an Privatunternehmer. Bei der verkürzten Dienstzeit der Fußtruppen ist es bekanntlich nicht mehr angängig, daß Mannschaften zu entbehrlichen außerdienstlichen Arbeiten verwendet werden. So ist es bisher üblich gewesen, daß in den Kantinen, die das Militär selbst bewirtschaftet, Soldaten thätig waren. Abgesehen davon, daß die Mannschaften hierdurch zu Unredlichkeiten verleitet werden, soll schon im Interesse des militärischen Dienstes die Selbstbewirtschaftung der Kantinen durch die Truppen aufgehören; wo dies bisher noch nicht geschehen, müssen bis 1896 sämmtliche Kantinen an Privatunternehmer verpachtet werden.

— Postalisches. Das Verbot der Einführung von Tabak, verarbeitet und unverarbeitet, einschließlich Cigarren, Cigaretten und Schnupftabak, als Waarenproben mit der Briefpost nach Großbritannien hat neuerdings eine Einchränkung erfahren. Es ist nun gestattet, Waarenproben mit unverarbeitetem Tabak mittels der Briefpost unter den allgemeinen für Waarenproben geltenden Bedingungen nach dem Vereinigten Königreich einzuführen, vorausgesetzt, daß die Proben für den Handelsverkehr bestimmt sind, und daß das Brutto-Gewicht 4 Unzen = 113 Gr. nicht überschreitet. Bei der Aushändigung wird von dem Empfänger eine Zollgebühr von 9 d erhoben. Waarenproben von unverarbeitetem Tabak, welche den Bedingungen nicht entsprechen, sowie solche, welche Cigarren oder verarbeiteten Tabak, gleichviel in welcher Weise enthalten, dürfen auch ferner in Großbritannien nicht eingeführt werden; dieselben werden eintretenden Falles den Adressaten nicht ausgethändigt, sondern der Zollbehörde überwiesen.

— In ihrer Wochenschau schreiben die „Westpreuß. Landw. Mittelst.“: Nicht nur bei uns, sondern auch in Amerika bleibt die Kartoffelernte erheblich hinter den früheren Jahren zurück. Anhaltende Hitze und Trockenheit von Mai bis zum August haben dort einen sehr schlechten Knollenanbau zur Folge gehabt. Die Preise sind auch dementsprechend hohe, und leitende Händler sind der festen Ansicht, daß bis zum 1. Oktober, wo die Haupternte der neuen Ernte an den Markt gelangen und die Preise wieder das übliche Niveau erreichen, eine Steigerung derselben zu erwarten ist. Diejenigen Zuckerfabriken, welche inzwischen bereit ihren Betrieb eröffnet haben, tagten die Polarisation der Märkte um etwa 1 Proz. niedriger als im Vorj